

#Hessen2025

GRÜN WIRKT WEITER FÜR
CHANCENGLEICHHEIT
UND **TEILHABE**



KONZEPTE FÜR HESSEN

Liebe Leserinnen und Leser,

seit wir GRÜNE in Hessen wieder mitregieren, haben wir der Politik der Landesregierung eine neue Richtung gegeben: unter anderem mit dem Integrierten Klimaschutz-

plan 2025, mit dem Ökoaktionsplan, mit der Aufholjagd bei den Erneuerbaren Energien, mit einer Rekordförderung für Busse und Bahnen, mit dem Schülerticket, mit Sozialbudget, mehr bezahlbarem Wohnraum und der Förderung von Akzeptanz und Vielfalt, mit mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit durch Ganztagschulen, Sozialindex, Integration und Inklusion, mit der Stärkung der Hochschulen, mit der Förderung von Kunst und Kultur. Wir haben die Weichen der Politik endlich wieder in die richtige Richtung gestellt und wollen auf dem eingeschlagenen Kurs noch mehr Fahrt aufnehmen. Hessen ist grüner und gerechter geworden.

Wir wären aber nicht DIE GRÜNEN, wenn wir uns mit diesen Erfolgen zufrieden geben würden. Wir wollen auf dem bereits Erreichten aufbauen und Neues auf den Weg bringen – auf dem Weg zu dem Hessen, das wir uns für die Zukunft wünschen. Denn mehr Gerechtigkeit, Ökologie, individuelle Freiheit und Weltoffenheit kommen nicht von allein.

Deshalb legen wir unter der Überschrift „#hessen2025 – GRÜN wirkt weiter“ konkrete Konzepte zu den Projekten vor, die wir in den kommenden Jahren umsetzen wollen.

Eine anregende Lektüre wünscht



Mathias Wagner
Fraktionsvorsitzender

Weitere Informationen und alle bislang erschienenen Konzeptpapiere zum Download unter:
www.gruene-hessen.de/konzepte

www.gruene-hessen.de

GRÜN WIRKT WEITER

#hessen2025

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAGSFRAKTION HESSEN



INHALTSVERZEICHNIS

1. Inklusive Sozialpolitik für den gesellschaftlichen Zusammenhalt	2
2. Wir haben die Richtung der Politik geändert ...	2
2.1. Das hessische Sozialbudget	2
2.2. Schutzsuchenden helfen, Integration ermöglichen und für eine offene Gesellschaft kämpfen	4
3.... und noch viel vor	5
3.1. Zugang zu Bildung – Grundlage der selbstbestimmten Teilhabe	5
3.2. Zugang zu Arbeit und Ausbildung	5
3.3. Vielfalt macht eine Gesellschaft stark!	6
3.4. Armut bekämpfen	7
3.5. Barrieren abbauen in den Köpfen, auf den Straßen und Plätzen	8
3.6. Für die Integration von Eingewanderten und Geflüchteten	9
4. Zusammenfassung	12

1. INKLUSIVE SOZIALPOLITIK FÜR DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

» Wir stehen für eine inklusive Sozialpolitik mit gleichen Lebenschancen für alle.«

Wir wollen mit unserer Sozialpolitik ermöglichen, dass Menschen in ihrer Selbstbestimmung gestärkt und in ihren eigenen Anstrengungen unterstützt werden und ihre Vielfalt als Bereicherung für die Gesellschaft anerkannt wird. Um dies zu erreichen, wollen wir, dass jeder hier lebende Mensch den gleichen Zugang zu den elementaren Gütern unserer Gesellschaft hat, um hier gleichberechtigt und selbstbestimmt zu leben. Das bedeutet, dass es jedem und jeder in unserer Gesellschaft möglich sein sollte, zu arbeiten, gute Bildung zu erfahren, gesundheitlich versorgt zu sein, in einer intakten Umwelt zu leben, mobil zu sein, sicher zu leben und kulturelle Vielfalt zu erleben. Kurzum: an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Wie schaffen wir das? Wir wollen mit unserer Sozialpolitik dort

unterstützen, wo es notwendig ist. Für uns kommt es dabei nicht darauf an, wo man herkommt, sondern, wo man hin will. Es soll keinen Unterschied machen, ob jemand eingewandert oder hier geboren ist – sie beide sollten gleichberechtigt hier leben können. Es soll kein Vor- oder Nachteil sein, ob man Kinder hat oder nicht – beide Gruppen sollen arbeiten können. Es soll keine Bedeutung für den schulischen Erfolg haben, ob die Eltern über viel oder wenig Einkommen und Vermögen verfügen.

Wir GRÜNE stehen für eine inklusive Gesellschaft mit gleichen Lebenschancen für alle. Alter, Geschlecht, sexuelle Identität, Migrationshintergrund, körperliche, intellektuelle oder psychische Beeinträchtigung, Religion oder soziale Herkunft dürfen keine Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe haben. An diesen Zielen richten wir unser sozialpolitisches Handeln aus – für eine inklusive Sozialpolitik.

2. WIR HABEN DIE RICHTUNG DER POLITIK GEÄNDERT ...

Hessen hat mit GRÜNER Regierungsbeteiligung beachtliche Erfolge für die inklusive Gesellschaft erzielt. Wir haben dazu beigetragen, die soziale Spaltung in Hessen abzumildern und durch präventive Maßnahmen den sozialen Frieden zu stärken. Folgende Maßnahmen sind besonders hervorzuheben:

2.1. DAS HESSISCHE SOZIALBUDGET

Mit Beginn der Legislaturperiode hat Hessen eine neue und bundesweit einmalige Maßnahme eingeführt: das Sozialbudget. Mit dem Geld wollen wir Menschen in schwierigen Lebenssituationen

besser unterstützen, Armut und soziale Ausgrenzung verringern und Hilfen anbieten. Die Organisationen, die sich um den sozialen Zusammenhalt in unserem Land kümmern, sollen durch einen geschützten Bereich im Haushalt dauerhaft vom Land finanziert werden. Vorher gab es bei der „Operation düstere Zukunft“ von Roland Koch, einen finanziellen Kahlschlag bei den sozialen Initiativen. Ab 2019 wird dieser geschützte Bereich 118 Millionen Euro umfassen – ein Plus von rund 68 Millionen Euro im Vergleich zum Beginn unserer Regierungsbeteiligung, als 50 Millionen Euro ungeschützt vor Kürzungen für weniger Leistungen vorgesehen waren.

Die wichtigsten Bereiche davon sind:

- Mit dem Programm „Kompetenzen entwickeln – Perspektiven ermöglichen“ haben wir sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gefördert und erleichtern so **Langzeitarbeitslosen den Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt**.
- Mit der Finanzierung von **Schuldnerberatungsstellen** wird stark verschuldeten Menschen geholfen, den Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben zu finden.
- Wir fördern Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche, die **Opfer sexualisierter Gewalt** wurden.
- Die **Gemeinwesenarbeit** zur positiven Entwicklung von Wohnquartieren mit gehäuften sozialen Problemen wurde ausgebaut.
- Mit der **Antidiskriminierungsstelle** kämpfen wir gegen alle Arten von Diskriminierungen.
- Wir haben die Finanzierung der Frauenhäuser, der Interventions- und Beratungsstellen und das „Netzwerk gegen Gewalt im Namen der Ehre“ erstmals auf eine verlässliche finanzielle Basis gestellt, um **Frauen besser vor Gewalt zu schützen**.
- Hessen fördert mit dem **Netzwerk gegen Antidiskriminierung**, dem **Netzwerk LSBT*IQ** (Lesbisch Schwul Bi Trans* Inter* Queer) und dem **Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt** die Anerkennung und Gleichstellung.
- Wir haben **700 Stellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen** geschaffen, die an Schulen für soziale Arbeit eingesetzt werden.

Über das Sozialbudget hinaus haben wir uns noch in weiteren Feldern eingesetzt, um die inklusive Gesellschaft voranzubringen:

- In der **Kinderbetreuung** haben wir die **Qualität verbessert** und den **Einstieg in die Beitragsfreiheit** geschafft: Ab August 2018 werden alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren im Kindergarten beitragsfrei betreut. Wir haben außerdem die Qualitätspauschalen an, um den Kitas und Kindergärten mehr Fachpersonal, mehr Fortbildungen oder eine bessere Ausstattung zu ermöglichen – je nach Bedarf vor Ort. Schon jetzt stehen 86 Millionen Euro zusätzlich bereit, damit auch neue Plätze geschaffen werden können.
» Ab August 2018 werden alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren im Kindergarten beitragsfrei betreut.«
- Bei unseren **Ausbildungsprogrammen** haben wir eine breitere Zielgruppe in den Blick genommen. Wir unterstützen auch Beschäftigte ohne Ausbildung darin, ihren Abschluss nachzuholen („Initiative ProAbschluss“). Außerdem begleiten wir die Jugendlichen stärker im Betrieb und der Berufsschule, damit sie ihren Abschluss schaffen.
- Mit dem zweiten **Landessozialbericht** haben wir erstmals einen wissenschaftlichen Bericht über die Lebenslagen der Menschen in Hessen vorgelegt, ergänzt um Handlungsempfehlungen der Wohlfahrtsverbände.
- Bis zum Jahr 2020 stellen wir **1,6 Milliarden Euro für den Wohnungsbau** bereit. U. a. führt ein Wohnrauminvestitionsprogramm (WIP) mit 260 Millionen Euro den Teil Woh-

nen des kommunalen Investitionsprogramms (KIP I) weiter.

2.2. SCHUTZSUCHENDEN HELFEN, INTEGRATION ERMÖGLICHEN UND FÜR EINE OFFENE GESELLSCHAFT KÄMPFEN

In Hessen haben wir bereits lange Erfahrung mit Einwanderung. Wir arbeiten für eine Gesellschaft, an der alle teilhaben können – ob sie nun seit einem, fünf oder zwanzig Jahren hier leben. Seit 2015 wurde dieser Anspruch neu herausgefordert:

» Mit unseren Aktionsplänen haben wir rund 2,9 Milliarden Euro investiert.«

Die globalen Fluchtbewegungen haben Deutschland intensiver als je zuvor erreicht. Dies hat den

Staat und die Bevölkerung vor viele Aufgaben gestellt und wird es auch weiterhin tun. Wir sehen diese Herausforderung als Chance an, unseren Sozialstaat für alle zu verbessern. Denn Menschen, die erst vor kurzem eingewandert sind, haben die gleichen Bedürfnisse wie alle, die seit langem hier leben: bezahlbarer Wohnraum, gute Schulen und eine offene Gesellschaft. Zusätzlich kommt der Bedarf am Erlernen der deutschen Sprache. Mit unseren **Aktionsplänen zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts** haben wir rund 2,9 Milliarden Euro investiert: um Schutzsuchenden zu helfen, Integration zu ermöglichen und eine offene Gesellschaft zu wahren. Dazu haben wir in unserer Regierungsarbeit folgendes bewirkt:

- **Gute Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten:** In qualitativ guten Erstaufnahmeeinrichtungen haben alle Geflüchteten Schutz gefunden. Dort gibt es Kinderbetreuung,

medizinische Versorgung, Sprachkurse und Schutzbereiche für Frauen und Kinder. Den Kommunen haben wir durch erhöhte Landespauschalen eine gute Finanzierungsgrundlage gegeben, ebenso haben wir die ehrenamtliche Arbeit unterstützt. Die psychosoziale Betreuung von Geflüchteten haben wir als erstes Bundesland flächendeckend gefördert.

- **Förderung und Ermöglichung von Integration:** Durch unsere landeseigenen Sprachprogramme haben wir da ausgeholfen, wo der Bund seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkam. Wir haben die Aufnahme von Arbeit durch den Wegfall der Vorrangprüfung erleichtert, Ar-

GRÜN WIRKT FÜR EIN GERECHTERES HESSEN

- Wir haben das **Sozialbudget** auf insgesamt **118 Millionen** (2019) aufgestockt und vor Kürzungen geschützt. Mit dem Geld bekämpfen wir Armut und Ausgrenzung und finanzieren soziale Hilfen
- Wir haben mit der LGBT*IQ-Community den ersten **Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt** für Hessen erarbeitet
- Die neue landesweite **Antidiskriminierungsstelle** ist Anlaufpunkt für alle, die von Diskriminierung betroffen sind
- Mit den beiden **Aktionsplänen für Integration von Flüchtlingen und Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts** haben wir insgesamt 2,9 Milliarden Euro investiert
- Damit haben wir auch mehr **bezahlbaren Wohnraum** geschaffen, zusätzliche **Lehrerinnen und Lehrer** eingestellt und **Programme gegen Rechts** aufgelegt

beits- und Ausbildungsprogramme für Flüchtlinge geöffnet und neu geschaffen. Ebenso haben wir den Zugang zum Studium erleichtert. Die WIR-Koordinatoren arbeiten in ganz Hessen an guter und gelingender Integration.

- **Für eine offene Gesellschaft, die zusammenhält:** Wir haben an all den Stellen nachgeholfen, die in den Jahren vor unserer Regie-

rungsbeteiligung vernachlässigt wurden: bezahlbarer Wohnraum, mehr Lehrkräfte an den Schulen, Gemeinwesenarbeit für sozial schwierige Wohnviertel und Programme gegen Rechtsextremismus. Das kommt allen zu Gute: den Geflüchteten und den lange hier Lebenden. Deswegen haben wir auch die bestehenden und neuen Programme für Geflüchtete und länger hier Lebende geöffnet.

3. ... UND NOCH VIEL VOR

Wir haben die Richtung der Politik geändert und wollen weiter für eine inklusive Gesellschaft kämpfen. Wir wollen nicht staatlich bevormunden, sondern gemeinsam mit den Menschen den Weg zu mehr Teilhabe gehen. Mitmachen, anerkennen und helfen – dazu ist jeder und jede gefragt.

Wir wollen unsere erreichten Erfolge in der Sozial-, Flucht- und Integrationspolitik fortsetzen und im Sozialbudget schützen. Zusätzlich wollen wir bis 2025 folgendes erreichen:

3.1. ZUGANG ZU BILDUNG – GRUNDLAGE DER SELBSTBESTIMMTEN TEILHABE

Die außerschulische Bildung für Jugendliche und Erwachsene spielt neben der schulischen Bildung eine zentrale Rolle bei inklusiver Sozialpolitik. Wir wollen weiterhin daran arbeiten, dass auch non-formale Bildungsformen, die Heranwachsende bei der Identitätsbildung unterstützt und in gesellschaftliche Gruppen inkludiert, unterstützt werden. Die non-formale, außerschulische Bildung bietet vor allem für Jugendliche kreative Gestaltungsräume, in denen sie selbstbestimmt eigene Ideen verwirklichen können. Wir wollen diese au-

tonomen Gestaltungsräume wie Jugendräume und Jugendzentren unterstützen und prüfen, wie wir in Hessen Hand in Hand mit den Kommunen diese freien Räume ermöglichen. Mit dem Bildungsurlaub ermöglichen wir auch Erwachsenen außerhalb ihres Arbeitslebens die Weiterbildung nach eigenem Interesse. Wir wollen den Bildungsurlaub noch bekannter machen, damit mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihn nutzen.

» Wir wollen Jugendräume und Jugendzentren unterstützen.«

3.2. ZUGANG ZU ARBEIT UND AUSBILDUNG

3.2.1. Jedem Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen

Noch immer finden nicht alle jungen Menschen den Zugang zu Ausbildung, zum Abschluss einer Ausbildung und damit zu einer gelingenden Integration in den Arbeitsmarkt. Wir wollen deshalb die Anstrengungen, Jugendliche zu einem Abschluss zu führen, verstärken und so jedem Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen. Das Ausbildungsbudget werden wir daher fortführen und erneut die Zielgruppe derjenigen jungen Menschen in

den Blick nehmen, die keinen Schul- oder Ausbildungsabschluss erzielen konnten. Oftmals liegen Lernhemmnisse vor, die einen erfolgreichen Abschluss verhindern. Wir wollen keinen Jugendlichen zurücklassen. Deshalb werden wir alles daran setzen, dass allen Jugendlichen ein Abschluss gelingt. Dafür werden wir das Ausbildungsbudget zielgenau überarbeiten. Dabei kommt der sozial-

» Wir wollen keinen Jugendlichen zurücklassen.«

pädagogischen Begleitung eine zentrale Bedeutung zu. Oftmals ist der Lernerfolg davon abhängig, dass diese Jugendliche eine engere Begleitung bekommen. Deshalb wollen wir sie in den Programmen verstärken.

3.2.2. Einstieg in den Sozialen Arbeitsmarkt: Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Noch immer findet sich in Hessen eine hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen, die trotz guter Beschäftigungslage den Weg in den Arbeitsmarkt und damit zu selbstbestimmten Einkommen, nicht finden. Das liegt oftmals am fehlenden Schul- oder Berufsabschluss, individuellen Problemen wie Sucht oder psychischer Erkrankung oder beruflich nicht mehr einsetzbaren Kenntnissen. Ein sozialer Arbeitsmarkt für Menschen, die dauerhaft sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze erhalten, ist längst überfällig und muss endlich auf Bundesebene gesetzlich ermöglicht werden. Wir wollen in Hessen den Einstieg in den sozialen Arbeitsmarkt fortsetzen und damit Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

Unser Langzeitarbeitslosenprogramm „Kompetenzen entwickeln – Perspektiven ermöglichen“ hat seit 2015 rund 1.000 Teilnehmern sozialversicherungspflichtige Arbeit ermöglicht und mit starken

Elementen der Nachqualifizierung versehen. Wir werden das Förderprogramm evaluieren und ausweiten. Unser Ziel wird es dabei sein, bestimmte Zielgruppen in das Zentrum der Maßnahmen zu stellen, die gezielter Unterstützung bedürfen. Dazu gehören zum Beispiel Alleinerziehende. Dazu wollen wir zeitbezogene Qualifizierung stärker fördern.

Bei Programmen der neuen Bundesregierung werden wir ergänzend wirken. Die Grundidee ist, die indirekten Leistungen für Lebensunterhalt und Wohnen („Hartz IV“) für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu nutzen. Bei freiwilliger Teilnahme der Langzeitarbeitslosen wird deren Sozialleistung in einen tariflichen Lohn umgewandelt. Die Langzeitarbeitslosen werden dann sozialversicherungspflichtig beschäftigt zu einem tariflichen Lohn, bekommen Angebote zur Qualifikation und schaffen so den Einstieg in den Arbeitsmarkt.

3.3. VIELFALT MACHT EINE GESELLSCHAFT STARK!

Ausgrenzung und Diskriminierung bekämpfen wir konsequent. Die Akzeptanz der Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten wollen wir auch künftig fördern und dafür die Arbeit der Selbstorganisationen weiter stärken. Wir werden deshalb in bewährter Zusammenarbeit mit der Community unseren erfolgreichen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt weiterentwickeln, der in den zurückliegenden Jahren dazu beigetragen hat, eine Vielzahl von Forschungsprojekten und Unterstützungsmaßnahmen – beispielsweise SCHLAU an den Schulen – anzustoßen, bzw. zu ermöglichen. Hinzu tritt die begonnene strukturelle Förderung für den Aufbau eines hessenweiten qualifizierten Netzwerks für LSBT*IQ.



Darüber hinaus wollen wir die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration weiter ausbauen, um den gewachsenen Bedarfen adäquat begegnen zu können. Die Arbeit der „Ansprechpartner*innen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ in den hessischen Polizeipräsidien soll eine angemessene Wertschätzung erfahren. Damit sich jedes Kind gleichermaßen wertgeschätzt und angenommen fühlt, sorgen wir dafür, dass der reformierte Lehrplan Sexualerziehung behutsam und altersgerecht weiterentwickelt und in den Schulen umgesetzt wird. Dem Rollback, den sich Gruppen außerhalb Hessens wünschen, stehen wir entgegen und werben auch in diesem Feld weiterhin für die Akzeptanz unserer Unterschiedlichkeit.

3.4. ARMUT BEKÄMPFEN

Armut ist ein großes Hindernis für echte soziale Teilhabe und macht ein selbstbestimmtes Leben schwer möglich. Armut drückt sich nicht nur im Mangel materieller Ressourcen aus. Arme Menschen leiden unter schlechten Wohnverhältnissen, geringeren Bildungschancen und häufig einer schlechteren Gesundheit. Wege in Armut müssen deshalb rechtzeitig verhindert und Wege aus der Armut massiv erleichtert werden. Diese Aufgaben nehmen eine Schlüsselposition bei einer ermöglichenden Sozialpolitik ein, der es aus Gründen sozialer Gerechtigkeit zuallererst darum geht, den Schwächsten zur Seite zu stehen und Armut und sozialen Abstieg zu vermeiden. Wo aus Kindern armer Eltern wieder arme Eltern werden, wo Armut sich verfestigt, ist auch langfristig das Zusammenspiel von Demokratie und Sozialstaat gefährdet.

3.4.1 Soziale Infrastruktur stärken

Investitionen in die soziale Infrastruktur, insbesondere bei der Bildung von klein an bis ins hohe Alter, haben für uns sozialpolitische Priorität. Öffentliche und gemeinnützige Institutionen spielen eine wichtige Rolle in der Umsetzung inklusiver Sozialpolitik, gleichzeitig sind sie die Vertreter lobbyschwacher Gruppen. Dabei ist die Vielfalt der Träger dieser Institutionen (insbesondere die Wohlfahrtsverbände und ihre Mitglieder) die beste Gewähr, um der Vielfalt der Menschen gerecht zu werden. Wir werden weiterhin die aktive Partnerschaft der Wohlfahrtsverbände suchen und den Dialog mit ihnen ausbauen.

3.4.2. Teilhabe ermöglichen: Hessen-Pass

Viele Untersuchungen haben gezeigt, dass die Teilnahme an Angeboten für Sport, Freizeit oder Kultur deutlich weniger von Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen in Anspruch genommen werden als von Menschen mit höheren Einkommen und Vermögen.

Wir GRÜNE wollen den Hessen-Pass einführen. Das ist eine landesweite Teilhabe-karte, die vergünstigte Eintritte in Freizeit-, Kultur-, Bildungs- und Sporteinrichtungen bietet.

» Der Hessenpass ist eine landesweite Teilhabe-karte, die vergünstigte Eintritte in Freizeit-, Kultur-, Bildungs- und Sporteinrichtungen bietet.«

Durch eine solche Karte würde vielen Menschen mit geringen Einkommen überhaupt erst der Zugang zu solchen öffentlichen Angeboten gewährt. Eine solche Karte gibt es bereits in einigen Kommunen, etwa in Frankfurt mit dem Frankfurt-Pass. Die Landesregierung hat ver-

sucht, gemeinsam mit den Kommunen eine Teilhabekarte zu vereinbaren. Diese Verhandlungen sind an unterschiedlichen Widerständen gescheitert. Wir wollen deshalb erneut den Versuch unternehmen, einen solchen Hessen-Pass zu ermöglichen und bestehende Angebote zusammenzufassen.

3.4.3. Teilhabe vor Ort gestalten und Gemeinwesenarbeit weiter entwickeln

Wir wollen unser Programm Gemeinwesenarbeit weiter entwickeln zu einem sozialräumlichen Programm des sozialen Zusammenhalts. Damit wird es auf breitere Füße gestellt und entwickelt sich zu einem sozialräumlichen Projekt, ähn-

» **Barrierefreiheit nützt allen Menschen: Für die Einen ist sie Grundvoraussetzung für Teilhabe, für die Anderen wird das Leben einfacher und komfortabler.**«

lich wie das „Soziale Stadt“-Programm. Alle Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels können sich an das Stadtteilbüro wenden, das möglichst niedrigschwellig angesiedelt wird. Dort finden

sie Hilfe, Beratung und ggf. Weitervermittlung zur Lösung ihres Problems gesundheitlicher, sozialer oder arbeitspolitischer Art. Das wäre ein Quantensprung der Sozialpolitik: der konsequente Versuch, breitgefächerte Beratung vor Ort zu geben, statt mit isolierten und getrennten Zuständigkeiten nebeneinanderher zu arbeiten.

3.5. BARRIEREN ABBAUEN IN DEN KÖPFEN, AUF DEN STRASSEN UND PLÄTZEN

Inklusion bedeutet für uns, dass sich die Gesellschaft positiv verändert durch Einbeziehung derjenigen, die sonst oft am Rande stehen. Menschen

sollen mit all ihren unterschiedlichen Fähigkeiten am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dazu zählen insbesondere Menschen mit Behinderung, die in vielen Bereichen des Lebens weiterhin ausgeschlossen sind. Wir werden deshalb mit aller Kraft die UN-Behindertenkonvention in Hessen weiter umsetzen, sie ist für uns handlungsleitend auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft.

Barrieren abbauen: für ein Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit

Barrierefreiheit nützt allen Menschen: Gehbehinderten, Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern, Eltern mit Kinderwagen und Radfahrerinnen und Radfahrern. Für behinderte oder ältere Menschen ist sie Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Für alle anderen wird das Leben einfacher und komfortabler. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung eines zentralen „Kompetenzzentrums Barrierefreiheit“ in Hessen ein, das Kommunen, Vereine und Verbände sowie Behörden bei der Umsetzung der Barrierefreiheit unterstützt. Außerdem wollen wir Folgendes bis 2025 erreichen:

- Die **Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes** und die damit verbundene Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung wird eine wichtige Herausforderung der Behindertenpolitik in den nächsten Jahren. Dabei lassen wir uns davon leiten, dass die Unterstützung bestmöglich sichergestellt wird und die Eingliederungshilfe in der Hand des Landeswohlfahrtsverbandes verbleibt.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit besonderem Förderbedarf, wie etwa Taubblinde, **zielgerichtet unterstützt** werden.

- Um die Belange von Menschen mit Behinderung stärker in den Fokus zu rücken, wollen wir den oder die **Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung** künftig **hauptamtlich** einsetzen.
- Wir setzen uns außerdem dafür ein, Wahlrechtsausschlüsse von behinderten Menschen durch eine Änderung des Wahlrechts in Hessen zu beenden.

CHANCENGLEICHHEIT UND TEILHABE

- Wir wollen allen Jugendlichen eine **gute Ausbildung** ermöglichen
- Deshalb werden wir die **sozialpädagogische Begleitung** in unseren Ausbildungsprogrammen stärken
- Mit dem **Hessen-Pass** wollen wir Benachteiligten günstige Eintritte in Freizeit-, Kultur- und Bildungseinrichtungen ermöglichen
- Den sozialen Zusammenhalt wollen wir mit **lokaler Sozialberatung** stärken
- Mit einer/einem hauptamtlichen Beauftragte/n für die Belange von **Menschen mit Behinderung** stärken wir ein inklusives Miteinander

3.6. FÜR DIE INTEGRATION VON EINGEWANDERTEN UND GEFLÜCHTETEN

Migration ist für uns Realität. Zunehmend sprechen Menschen von ihrer multi- oder transnationalen und -kulturellen Identität. Für uns ist klar: Wir wollen eine gelungene Integration. Diese geschieht schon jetzt täglich in großer Mehrheit. Je-

den Tag leben und arbeiten Millionen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in großem Respekt und konfliktfrei miteinander. Sie wollen ein gutes Leben für sich und ihre Familien. In den meisten Fällen werden die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger Arbeit finden und sich aktiv in der Gesellschaft einbringen, ob als Fachkräfte oder ehrenamtliche Helfer, und weitere, hier notwendige Aufgaben übernehmen. Eine wichtige Voraussetzung für das gleichberechtigte Leben ist eine gleiche Sprache – und nicht zuletzt eine gemeinsame Wertebasis: bei der Anerkennung von Vielfalt, von Deutschland als Einwanderungsland und den Werten unseres Grundgesetzes. Dafür setzen wir uns ein. Dort, wo es weiterer Unterstützung über die regulären sozialstaatlichen Hilfen hinaus braucht, wollen wir bis 2025 folgende Punkte verwirklichen:

» **Für alle Menschen gilt: Sie wollen ein gutes Leben für sich und ihre Familien.**«

3.6.1. Integrationsplan weiter entwickeln

Zu einer inklusiven Gesellschaft gehört auch die Integration der Zugewanderten. Hessen hat in den letzten fünf Jahren gezeigt, wie stark ein Bundesland Integration fördern kann. Mit dem aktuell vorgelegten Integrationsplan wird unmissverständlich beschrieben, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist und bleibt. Er beschreibt unter anderem die Handlungsfelder gelingender Integrationspolitik: Sprache und Bildung; Wirtschaft und Arbeit; Gesundheit und Pflege; Familie und Gleichberechtigung; politische und gesellschaftliche Beteiligung; Sport, Wohnen, Religion, Kultur und Medien; interkulturelle Öffnung, Diversity und Antidiskriminierung. Wir werden den Integrationsplan weiterentwickeln.

3.6.2. Förderprogramm „Deutsch für alle“

Die Förderung der deutschen Sprache bleibt Daueraufgabe. Wir wollen, dass alle Menschen die deutsche Sprache so gut erlernen können, dass sie ohne Probleme ihr Leben gestalten, arbeiten gehen können und somit die Teilhabe an der Gesellschaft gelingt. Immer noch können viele Migrantinnen und Migranten, auch bereits länger hier lebende, sich keinen Sprachkurs leisten. Deshalb werden wir ein Förderprogramm „Deutsch für alle“ auflegen. Wir werden unser Landesprogramm dort einsetzen, wo bestehende Angebote etwa des Bundes nicht ausreichen, z.B. bei BAMF-Integrationskur-

» Erfahrungen anderer Länder zeigen: Die Anzahl von Rechtsstreitigkeiten sinkt, wenn Betroffene gut beraten werden.«

sen. Die bestehenden Sprachförderungen in Kindergärten, Schulen und Berufsqualifizierungen werden wir verstärken. Eine Möglichkeit

dazu bieten „Sprachförderkurse für Erwachsene“ und das Programm „Deutsch4U“, indem die Altersgrenze aufgehoben und der Teilnehmerkreis ausgeweitet wird. Außerdem wollen wir, dass die verschiedenen Sprachkurse aufeinander aufbauen können. Daher wollen wir auch für die Landeskurse Zertifikate ermöglichen, die Auskunft über das Sprachniveau der Teilnehmer geben. Wir werden weiter darauf achten, dass Kinderbetreuung während der Kurse ermöglicht wird, um insbesondere Frauen den Zugang zu erleichtern. Außerdem werden wir auch Alphabetisierungskurse stärker als bisher anbieten.

3.6.3. Arbeit und Ausbildung

Mit den beiden Programmen „Wirtschaft integriert“ und „Sozialwirtschaft integriert“ haben wir ge-

meinsam mit Unternehmen, Kammern und Trägern der Wohlfahrt erfolgreiche Ausbildungsprogramme für Eingewanderte installiert. Wir wollen diese erfolgreiche Arbeit fortsetzen und ausweiten. Wir wollen prüfen, ob wir die Ausbildungsprogramme für weitere Gruppen über 27 Jahre öffnen, falls sie noch keine anerkannte Berufsausbildung haben. Die Sprachförderung bei der Qualifizierung und Nach-Qualifizierung ist für uns wesentlicher Baustein für eine integrierende Arbeitsmarktpolitik. Außerdem wollen wir die verschiedenen Akteure des Arbeitsmarkts zusammenbringen, um die Angebote passender aufeinander abzustimmen.

3.6.4. Schnell Rechtssicherheit schaffen mit unabhängiger Verfahrensberatung

Bevor Eingewanderte und Geflüchtete hier arbeiten können, müssen ihre Qualifikationen anerkannt und der Aufenthaltsstatus geklärt werden. Wir wollen mit einer unabhängigen Verfahrensbeistandschaft das Hindernis der rechtlichen Unsicherheit mildern und ausländische Personen bei der Klärung ihres Aufenthaltsstatus beraten. Dies betrifft Asylsuchende und über andere Möglichkeiten eingewanderte Menschen. Mit dieser Beratung schaffen wir schnellere Rechtssicherheit: Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass die Anzahl von Rechtsstreitigkeiten mit Verfahrensberatung eklatant sinkt.

3.6.5. Frauen und Mädchen

Unsere Erfahrungen zeigen, dass geflüchtete und eingewanderte Frauen und Mädchen prozentual sehr viel weniger an den angebotenen Programmen teilnehmen als Männer und Jungen. Mit der Kinderbetreuung bei „Wirtschaft integriert“ und „Deutsch4U“ haben wir bereits Hürden abgebaut.



Wir wollen unsere Programme weiter darauf ausrichten, für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv zu sein, und darüber hinaus weiterhin Frauen und Mädchen als Zielgruppe speziell ansprechen.

3.6.6. Diskurse stärken

Auch andere Hürden für die Teilhabe an der Gesellschaft wollen wir gemeinsam abbauen, ob dies tradierte Familienbilder, kulturelle Vorstellungen oder der Abbau von Vorurteilen sind. Wir werden deshalb die Arbeit mit Eltern, Selbsthilfeorganisationen und mit den Communities der unterschiedlichen Migrantinnen und Migranten verstärken und lange hier lebende deutsche Staatsangehörige einbinden, um den gemeinsamen Diskurs über die Werte des Grundgesetzes zu führen.

3.6.7. Integration vor Ort stärken und zukunftsfest machen: WIR-Integrationszentren

Die WIR-Koordinatorinnen und -Koordinatoren und WIR-Fallmanagerinnen und -Fallmanager helfen bereits jetzt in ganz Hessen, neue Integrationsmaßnahmen vor Ort zu initiieren, bestehende Programme zu vernetzen und zu koordinieren. Ihre Tätigkeit ist bisher getrennt nach Geflüchteten und Eingewanderten. Wir wollen die lokale Integrationspolitik verstetigen und inhaltlich weiterentwickeln zu „WIR-Integrationszentren“ und so breiter aufstellen als Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen bestehende Angebote in der Kommune für die interkulturelle Öffnung sensibilisieren und qualifizieren und die vorhandenen Angebote koordinieren und bündeln. Die WIR-Integrationszentren sollen die Aufgaben der WIR-Koordinatorinnen und -Koordinatoren und WIR-Fallmanagerinnen und -Fallmanager weiter-

führen und somit weiterhin Ansprechpartner für die Integration vor Ort sein. Wir werden Integrationsprojekte in den Kommunen weiter fördern und das erfolgreiche Integrationsprogramm WIR weiter umsetzen.

3.6.8. Nachhaltige Strukturen sichern – ein Integrationsgesetz für Hessen

Wir haben neue Stellen, Projekte und Programme für die Teilhabe von Eingewanderten und Geflüchteten ermöglicht. Sie haben somit die Chance, in dieser Gesellschaft anzukommen. Gleichzeitig gibt es seitens der Träger oft Unsicherheit, ob die bestehenden Projekte weitergeführt werden können, wie lange WIR-Koordinatoren beschäftigt werden und welche Rechte und Pflichten für die eingewanderten und schutzsuchenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer gelten.

Wir wollen dafür sorgen, dass die Teilhabe von Eingewanderten und Geflüchteten in einen Anspruch umgewandelt wird. Ein Integrationsgesetz schafft einen solchen verbindlichen Rahmen, in dem die Rechte und Pflichten des Landes und der Einwanderer und Geflüchteten klar definiert werden. Alle Maßnahmen und Programme sollen in das Gesetz eingearbeitet werden. Damit verhindern wir auch, dass die Anstrengungen der Integration nachlassen, wenn das Thema medial nicht mehr so präsent ist. Gleichzeitig wollen wir neue Wege gehen, z. B. in der politischen Beteiligung von lange hier lebenden Ausländern.

» Ein Integrationsgesetz für Hessen wäre eine historische Leistung.«

Das zukünftige Integrationsgesetz setzt sich folgende Ziele:

- Definition der **ganzheitlichen Integrationspolitik** als ressortübergreifendes Thema und als Daueraufgabe
- Beschreibung der Förderung der **Integrationsbereitschaft** der neu Zugewanderten einerseits und der **Aufnahmegesellschaft** andererseits
- Stärkere Einbindung der **Integrationskonferenz** und des **Integrationsbeirats**
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung:
 - Stärkung der **interkulturellen Kompetenz** der Mitarbeiterschaft und Wandel der Ausländerbehörden zu mehr service- und dienstleistungs-orientierten Anlaufstellen für Eingewanderte und Geflüchtete
 - Öffnung der Verwaltung für **Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund**, z.B. durch das Erproben anonymisierter Bewerbungsverfahren
- **Zusammenführung** bestehender **landespolitischer Förderungen** (Sprachkurse, Verfahrensberatung, WIR-Integrationszentren)

4. ZUSAMMENFASSUNG

Wir wollen eine inklusive Gesellschaft ermöglichen. Dazu gehört, dass jede und jeder hier teilhaben kann und diskriminierungsfrei zu einem selbstbestimmten Leben findet. Wir verstärken unsere Anstrengungen in der Armutsbekämpfung durch mehr Angebote zur Teilhabe wie den Hessen-Pass und ein Programm des sozialen Zusammenhalts vor Ort. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und den zweiten Arbeitsmarkt in Hessen stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen mit Behinderung das volle Wahlrecht genießen und einen hauptamtlichen

Wenn wir GRÜNE in Hessen ein solches Integrationsgesetz durchsetzen und erarbeiten, wäre es eine nachhaltige historische Leistung, dass 60 Jahre nach der aktiven Anwerbepolitik nun endlich eine strukturelle Integrationspolitik in einem entsprechenden Gesetz abgesichert wäre.

INTEGRATION UND OFFENE GESELLSCHAFT

- Eingewanderte und Geflüchtete sollen die **gleichen Chancen zur Teilhabe** an der Gesellschaft bekommen
- Dafür wollen wir für ein **neues Sprachprogramm** „Deutsch für alle“ initiieren, um bestehende Sprachhindernisse zu überwinden
- Mit den **WIR-Integrations-Zentren** stärken wir die Integrationsarbeit vor Ort
- Wir wollen dafür sorgen, dass Eingewanderte und Geflüchtete einen Anspruch auf Teilhabe erhalten und ein Integrationsgesetz schaffen

Ansprechpartner in der Landesregierung haben. Wir wollen mit einem Integrationsgesetz unsere bisherigen Erfolge verankern und zusätzliche Sprachkurse und Verfahrensberatung anbieten. Gleichzeitig stärken wir unsere Anstrengungen, einen Wertediskurs zu führen, in dem wir die in unserem Grundgesetz formulierten Werte auch aktiv vertreten wollen. Frauen und Mädchen wollen wir weiterhin für unsere Angebote gewinnen. Unsere Antidiskriminierungspolitik werden wir fortführen und verlässlich mit der LSBT*IQ-Community für Akzeptanz und Vielfalt kämpfen.

KONZEPTE FÜR HESSEN

GRÜN
WIRKT
WEITER

#hessen2025

IHR DRAHT ZUR FRAKTION

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden

ZUSTÄNDIGER ABGEORDNETER



MARCUS BOCKLET

Sozialpolitischer Sprecher –
Integration, Flüchtlinge, Arbeit,
Armutsbekämpfung, Kinder, Familie,
Gesundheit und Ausbildung

Tel.: 0611/350-633
m.bocklet@ltg.hessen.de

MITARBEITERIN



MAREIKE LIEB

Referentin: Soziales, Gesundheit,
Gleichstellung, Frauen, Jugend, Kinder,
Behindertenpolitik, 2. Arbeitsmarkt,
Migration, Integration

Tel.: 0611/350-587
m.lieb@ltg.hessen.de



GRUENE-HESSEN.DE



FACEBOOK.COM/GRUENEHESSEN



TWITTER.COM/GRUENEHESSEN



YOUTUBE.COM/HESSENGRUEN



INSTAGRAM.COM/GRUENEHESSEN



FLICKR.COM/GRUENE-HESSEN

Impressum

Herausgeberin: BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN im Hessischen Landtag, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
V.i.S.d.P.: Jürgen Frömmrich, Parl. Geschäftsführer | Layout & Gestaltung: Till Haupt